

Neue Strategie der Finanzmarktpolitik

Das Wichtigste in Kürze

Angesichts der Umwälzungen und veränderten Marktstrukturen auf den weltweiten Finanzmärkten hat der Bundesrat im Dezember 2009 eine neue Finanzmarktstrategie beschlossen, die konsequent auf die Verwaltung steuerkonformer Vermögen setzt. Die Systemrisiken führender Finanzinstitute sollen minimiert werden, ohne deren Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen. Auch soll der Marktzugang von Schweizer Banken ausgebaut werden. Und schliesslich will die Schweiz ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um ihre Standpunkte und Interessen bei den Reformen des internationalen Finanzsystems einzubringen.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Finanzmarktpolitik im Umbruch

Die Finanzkrise und ihre Folgeerscheinungen haben das internationale Finanzsystem stark erschüttert. Die immensen Verluste vieler bedeutender Finanzinstitute haben zu Umwälzungen und veränderten Marktstrukturen geführt. Der Wettbewerb zwischen den Finanzplätzen verstärkt sich zusehends.

Der Finanzsektor ist eine tragende Säule der Schweizer Wirtschaft. Sein Beitrag zum Bruttoinlandprodukt (BIP) beträgt rund 10 Prozent. Die Weichen für die künftige Finanzmarktpolitik hat der Bundesrat im Dezember 2009 in seinem Bericht «Strategische Stossrichtungen für die Finanzmarktpolitik der Schweiz» gestellt.

Strategische Stossrichtungen der Finanzmarktpolitik

In seinem Strategiebericht macht der Bundesrat klar, dass er einen wettbewerbsfähigen, sicheren und international akzeptierten Finanzplatz will, der Wohlstand erzeugt und Steuern zahlt. Um diese Ziele zu erreichen, müssen im Wesentlichen vier Herausforderungen bewältigt werden:

Finanzplatzstrategie

Der Druck auf das Bankgeheimnis und das Steuersystem belastet die Zukunft des Schweizer Finanzplatzes. Lange Zeit wurde die Verwaltung unverteuerter Gelder als ein Wettbewerbsvorteil angesehen. Diese Zeiten sind nun vorbei. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass unverteuerte Gelder längerfristig weder im Interesse der Schweiz noch der Banken sind. Die neue Finanzmarktpolitik setzt konsequent auf die Verwaltung versteuerter Vermögen.

Künftige Kapitalerträge und -gewinne von ausländischen Bankkunden in der Schweiz sollen einer Quellensteuer mit abgeltender Wirkung unterliegen. Kombiniert mit einer verbesserten Amtshilfe auf Anfrage gemäss

internationalen Standards und der Ausweitung der Sorgfaltspflichten der Finanzdienstleister bringt diese Steuer sowohl den Schutz der Privatsphäre als auch die Steueransprüche der Staaten unter einen Hut. Bisher wurden drei Quellensteuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich unterzeichnet.

Verbesserung des Marktzutritts

Angesichts der sich abzeichnenden protektionistischen Tendenzen sollen die Bemühungen für nachhaltige Sicherung und Verbesserung des Marktzutritts für schweizerische Finanzintermediäre verstärkt werden. Entsprechende Verbesserungen wurden in den neuen Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich erreicht.

Reduktion der Risiken durch systemrelevante Finanzinstitute

Mit zwei weltweit führenden Grossbanken sind die Systemrisiken in der Schweiz besonders ausgeprägt. Um diese Risiken zu verringern, hat der Bundesrat im April 2011 eine Botschaft über den Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten verabschiedet. Das Massnahmenpaket soll verhindern, dass durch die Schieflage einer Grossbank die ganze Volkswirtschaft in Bedrängnis gerät und der Staat Steuergelder einsetzen muss, um diese zu retten («too big to fail»-Vorlage). Systemrelevante Banken sollen bis 2018 höhere Eigenmittel aufbauen und strengere Liquiditätsvorschriften erfüllen. Besseres Risikomanagement und organisatorische Vorkehrungen für den Notfall sollen dafür sorgen, dass auch bei drohender Insolvenz systemrelevante Funktionen für die Volkswirtschaft sichergestellt werden. Die Vorlage soll 2012 in Kraft treten.

Aktiver Beitrag zu den Reformen des internationalen Finanzsystems

Die Schweiz als bedeutender Finanzplatz profitiert von stabilen internationalen Finanzmärkten. Sie will deshalb bei den Reformen zur Erhöhung der Finanzstabilität des internationalen Finanzsystems im Rahmen ihrer Möglichkeiten Einfluss nehmen. Sie tut dies vor allem im Internationalen Währungsfonds (IWF) und im Financial Stability Board (FSB).

Umsetzung der strategischen Stossrichtungen

Die Umsetzung der strategischen Stossrichtungen obliegt der interdepartementalen Arbeitsgruppe IDA Finanzmarktpolitik. Ein wichtiges Element der neuen Strategie ist zudem das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), das im März 2010 gegründet wurde, um die Kompetenz in diesem Bereich zu bündeln.